

Westfalenblatt 5.9.2023

Kommentar

Wölfe in Deutschland

WB 5.9.23

Die Schonzeit läuft ab

Von Ralf Repöhler

Bösen Wölfen geht es an den Kragen, wenn sie weiterhin so wilde Sau spielen, wie zuletzt in Niedersachsen. Mehr als 50 Schafe sind dort gerissen worden, obwohl die Herde von einem Zaun umgeben war.



Nun vollzieht Bundesumweltministerin Steffi Lemke auch die persönliche Kehrtwende in Richtung Rotkäppchen: Auffällige Wölfe sollen schnell abgeschossen werden.

Dahinter steckt die Einsicht, dass ungebremstes Wachstum einer Population, die keine natürlichen Feinde hat, nicht in Einklang mit unserer heutigen Natur und Umwelt zu bringen ist. Mit der steigenden Zahl der Wölfe steigt die Zahl gerissener Tiere. Viehhalter sind machtlos gegen immer mehr übergriffige Wölfe. Tausende gerissene Schafe und Kühe lassen Akzeptanz und Artenschutz-Bekenntnisse schwinden. Schafft die Politik keinen Rahmen, leistet sie der gewollten Rückkehr der Wölfe einen Bärendienst.

Der Wolf, der unter höchstmöglichem Schutz steht, ist in immer mehr Gegenden nicht mehr gefährdet, sondern selbst gefährlich. Geltendes Recht muss hier praxisgerechter angewandt werden – trotzdem fehlt ein Regulierungsmanagement, das den Bestand regelt.

Länder, Bund und EU haben sich lange Verantwortung zugeschoben – ein abgesenkter Schutzstatus des Wolfs ist kein Tabu mehr.



Schafe stehen hinter einem Schutzzaun. Im Kreis Minden-Lübbecke haben Wölfe solche Schutzvorkehrungen zuletzt überwinden können. In Wolfsgebieten fördert die Landesregierung auch die Anschaffung von Herdenschutzhunden. Foto: imago

Bauernverband fordert Abschuss von Wölfen – Angriffe im Kreis Minden-Lübbecke häufen sich

WB 30.9.23

Schäfer fürchten um ihre Herden

BERLIN/STEMWEDE (dpa/WB/kol). Der Bauernverband dringt zum Schutz von Weidetieren auf eine Reduzierung der Wolfszahlen in Deutschland und auf feste Abschussquoten. „Eine Bestandsregulierung des Wolfes ist unumgänglich, ein Abschuss nur von übergriffligen Wölfen reicht nicht mehr aus, da ansonsten die Probleme mit dem exponentiellen Wachstum des Wolfes nicht mehr beherrschbar sind“, sagte der Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes, Bernhard Krüskens. Oberhalb des bereits erreichten günstigen Erhaltungszustandes des Wolfes seien auch jährlich festzusetzende Entnahmekoten nötig.

Am Freitagabend wollten Weidetierhalter Mahnflecken in europäischen Ländern anzünden und gegen die bisherige Wolfspolitik protestieren. „Die Strategie einer Koexistenz der Weidewirtschaft mit dem Raubtier ist krachend gescheitert und grundlegend zu ändern“, sagte der Vorsitzende des Fördervereins der Deutschen Schafhaltung, Wendelin Schmücker, laut Mitteilung. Er hält im Kreis Harburg im Norden Niedersachsens 600 Mutterschafe. Dreimal habe er Wolfsangriffe erleben müssen. „Ich habe über 40 Tiere an Wölfe

verloren.“ Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) kündigte an, sie wolle eine Tötung einzelner Wölfe nach Rissen von Weidetieren erleichtern. Abschüsse von Wölfen, die mehrfach Herdenschutzmaßnahmen wie Zäune überwunden haben, sind bereits möglich. Die Genehmigung und der Weg dorthin gelten aber als zu bürokratisch. Kommende Woche will Lemke Vorschläge vorlegen. Die Bundestags-Unionstraktion forderte die Ministerin auf, sich für die Herabsetzung



Ein Wolf kann bis zu 100 Kilometer am Tag laufen. Foto: imago

des Schutzstatus des Wolfes einzusetzen. Das wird derzeit auf EU-Ebene geprüft. Der Wolf ist naturschutzrechtlich streng geschützt.

Der Bauernverband teilte mit: „Niemand will den Wolf wieder ausröten, aber wir brauchen ein wirksames Bestandsmanagement, da die Population in Deutschland nicht mehr gefährdet ist und die Probleme massiv zunehmen.“ Wolfssichere Zäune gebe es nicht. Herdenschutzmaßnahmen hätten Grenzen. Der Deutsche Jagdverband sprach sich unier anderem dafür aus, Rudel, die durch vermehrte Nutztier-Risse auffielen, komplett zu „entnehmen“.

Im Wolfsjahr 2021/2022 (1. Mai bis 30. April) stieg die Zahl der Wolfsrudel bundesweit auf 161 (Vorjahr 158). Das geht aus Zahlen des Bundesamtes für Naturschutz und der Dokumentations- und Beratungsstelle des Bundes zum Thema Wolf hervor. Neue Zahlen für das Monitoring-Jahr 2022/2023 lägen noch nicht vor, hieß es.

Nach dem Stand aus dem Wolfsjahr 2021/2022: leben die meisten Wolfsrudel in Deutschland laut Bundesamt für Naturschutz in Brandenburg, gefolgt von Niedersachsen und Sachsen. Zuletzt haben sich Wolfsangriffe im

Norden Ostwestfalen-Lippes gehäuft. Die Landesregierung hat deshalb erst vor wenigen Tagen den Kreis Minden-Lübbecke zum Wolfsgebiet beziehungsweise zur Pufferzone erklärt. In diesen Gebieten fördert die Landesregierung die Anschaffung von Herdenschutzzäunen und gegebenenfalls auch von Herdenschutzhunden.

Umweltminister Oliver Krischer (Grüne) hatte dabei zugesagt, in NRW würden die Wolfverordnung und die Herdenschutz-Förderung rasch weiterentwickelt. Es solle auch Regelungen im Umgang mit problematischen Wölfen geben. Es gebe einzelne Tiere, die sehr geschickt Herdenschutzmaßnahmen überwinden.

Das neu ausgewiesene Wolfsgebiet Dümmer-Geest-Niederung grenzt direkt an Niedersachsen, wo es drei Wolfsterritorien gibt. Der NRW-Teil bringt es auf mehr als 1100 Quadratkilometer.

Frühere Tierrisse im Kreis Minden-Lübbecke konnten durch DNA-Spuren Wölfen aus Niedersachsen zugeordnet werden – in einem Fall handelte es sich um ein Männchen aus einem Rudel in Soltau. Am 22. Juni kam es dann zu einem Angriff auf Schafe der Familie Möller, die auch in dieser Woche erneut

zweimal betroffen war. Daraus konnten DNA-Spuren des Männchens mit Kennung GW3101m gesichert werden. Dieser Wolf stammt aus einem Rudel aus Ringelah in der Nähe von Wolfsburg.

Unklar, war damals, ob das Männchen den Angriff allein ausführte oder ob mehrere Wölfe involviert waren. Noch offen ist die Frage, ob die Angriffe in dieser Woche ebenfalls diesem Wolf zuzuschreiben sind. Ein weiteres großes Wolfsgebiet gibt es in OWL im Raum Egge-Senne.

In der Schweiz ist am 1. Juli eine neue Jagdverordnung in Kraft getreten. Sie enthält Änderungen für Gebiete, in denen es bereits Schäden gab: Dort dürfen Einzelwölfe nun ab sechs Nutztier-Rissen erschossen werden, vorher lag die Schwelle bei zehn Rissen. Zudem dürfen Wölfe eher getötet werden, wenn sie in der Nähe von Häusern auftauchen und keine Scheu vor Menschen zeigen.

Die Zahl der verletzten oder getöteten Nutztiere durch Wolfsübergriffe lag im Jahr 2014 in Deutschland unter 500, im vergangenen Jahr laut Dokumentations- und Beratungsstelle des Bundes zum Thema Wolf (DBBW) bei mehr als 4000. In Schweden und Frankreich etwa ist die Jagd auf Wölfe erlaubt.

Drei Schafe von Schäfer Michael Buck im Norden von OWL gerissen – über 60 Opfer innerhalb von zwei Wochen

Der Wolf hat wieder zugeschlagen

Von Paul Edgar Fels

STEMWED/DÜSSELDORF (WB). Der Wolf hat wieder zugeschlagen. Wieder ganz im Norden von Ostwestfalen-Lippe. Wieder nah an der Grenze zu Niedersachsen. Und wieder traf es Schafe – diesmal drei Tiere von Schäfer Michael Buck. Es ist bereits der fünfte Übergriff in der Region innerhalb weniger Tage.

Schäfer Michael Buck (76) ist ebenso verzweifelt wie seine Kollegen im Raum Stemwede/Dümmer. Man werde nicht drum herum kommen, den Wolf möglichst schnell abzuschießen, sagt er. „Bevor es zu spät ist und das Rudel immer größer wird.“

Die jüngste Attacke ereignete sich bereits am Freitag vergangener Woche. Mittwochs hat der gleiche Wolf – oder das gleiche Rudel – zugeschlagen wie bereits ein paar Tage zuvor bei Schäfer Nils Möller aus Stemwede. Auch er fordert: „Der Wolf muss abgeschossen werden.“

Den Schaden bekommen die Schäfer – zumindest zum Teil – ersetzt. Im Fall von Michael Buck der Schafrucht und Landschaftspflege im Oppenweher Moor hauptsächlich betreibt, sind das dreimal 175 Euro. Weil er seinen Sitz im niedersächsischen Wagenfeld hat – 14 Autokilometer nördlich von Rahden – ist das Land Niedersachsen zuständig.

Michael Buck ist mit seiner Herde, die rund 750 Schafe und Lämmer zählt, tagüber im Oppenweher Moor unterwegs – zur Landschaftspflege. Nachts führt er die Tiere auf eine eingezäunte Fläche. Doch für den Wolf war der 1,20 Meter hohe Schutzzaun um das rund 3000-Quadratmeter große Areal letzte Woche offenbar kein Hindernis. Er sprang vermutlich im Morgengrauen drüber



Nachts auf die Lauer gelegt: Schäfer Michael Buck inmitten seiner Schafe und Ziegen.

Foto: Buck

und riss drei Schafe, eines wurde nahezu vollständig aufgefressen. Buck: „Nur der Panzen, die Wirbelsäule und ein bisschen Fell blieben über.“ Das spreche definitiv dafür, dass mehrere Wölfe beteiligt waren.

In der Folgenacht legte sich Buck gegen 4.30 Uhr morgens mit seinem Hütehund auf die Lauer. Ihm fiel auf, dass sich sämtliche Schafe dicht an eine Seite des Geheges drängten. Was ungewöhnlich sei, denn normalerweise liegen die Schafe in der Mitte. Haben die Tiere Gefahr gewittert? Sehr wahrscheinlich. Denn gegen 6 Uhr fing der Hund des Schäfers daran zu kauern, wie es Buck bisher noch nicht erlebt hat – und das etwa 15 Minuten lang, erzählt Buck

und ist überzeugt: „Der Wolf war ganz in der Nähe, liell sich aber nicht blicken.“

Um nicht weitere Verluste zu erleiden, treibt Buck seine Herde derzeit nachts in den Stall, was zumindest seinen Schäfer-Nachbarn Nils Möller beunruhigt. „Dann kommen die Wölfe vermutlich wieder zu meiner Herde.“ Zudem hat sich Michael Buck einen Eitel gekauft. Wölfe, so heißt es, haben Respekt vor Eiteln. Die Anschaffung und Ausbildung von Hundeschutzhunden hat Schäfer Buck wie auch Möller verworfen. „Die Tiere sind für die Allgemeinheit zu gefährlich“, sagt er.

Die Bilanz der Wolfsübergriffe innerhalb von nicht einmal vier Monaten im Norden des Kreises Minden-Lübbecke ist erschreckend: Schäfer Buck nennt 36 Schafrisse, Schäfer Möller über 30. Auch wenn nicht immer alle Tiere tot gebissen wurden, so sei der wirtschaftliche Schaden erheblich. Nils Möller hatte bereits öffentlich gesagt, seinen Nebenerwerbsbetrieb Ende des Jahres aufzugeben, wenn der Wolf weiter sein Unwesen treibe. Ähnliche Gedanken hegt Michael Buck.

Nach Angaben der Dokumentations- und Beratungsstelle des Bundes zum Thema Wolf gebe es in Deutschland derzeit 253 Wolfsterritorien. Bestätigt seien 184 Rudel, 47 Paare und 22 Einzeltiere. Ins-

gesamt dürften es bis zu 2700 Wölfe sein. Die meisten Wolfsfamilien leben in Brandenburg (52), Niedersachsen (39) und Sachsen (38). Im vergangenen Jahr wurden mehr als 4000 Nutztiere durch Wolf getötet oder verletzt. 2015 waren es erst mehr als 500.

Die Frage, wann ein Wolf abgeschossen werden darf, wird kontrovers diskutiert. Am Donnerstag hatte Bundesumweltministerin Steffi Lemke angekündigt, die Bedingungen für einen Abschuss zu erleichtern. Der niedersächsische Landesumweltminister Christian Meyer kündigte an, den Vorschlag von Lemke für einen leichten Abschuss von Wölfen in Niedersachsen zügig umsetzen zu wollen – möglichst

schon 2024. Das dürfte auch den Schäfern in Stemwede gefallen.

Erst im September hatte NRW-Umweltminister Oliver Krischer (Grüne) gesagt, dass die Unterstützung der Schäferinnen und Schäfer beim Herdenschutz überste-Priorität habe. Es soll also Geld fließen – bis zu 100 Prozent der Kosten für investive Herdenschutzmaßnahmen. Dafür stünden 2023 in NRW zwei Millionen Euro zur Verfügung. Weiter hatte Krischer gesagt: „Wir müssen aber auch zu praxistauglicheren Regelungen im Umgang mit problematischen Wölfen kommen. Daher begrüße ich die Initiative des Bundes. Wir halten es mit einzelnen Tieren zu tun, die sehr geschickt

Herdenchutzmaßnahmen überwinden. Dagegen müssen wir etwas tun, um die Akzeptanz für den Wolf insgesamt zu erhöhen“, so Krischer.

Bisher ist in NRW nicht ein einziger Wolf abgeschossen worden. Stemwedes Schäfer Nils Möller bringt das auf die Palme. Er blickt auf andere Länder und deren Umgang mit dem Wolf. In Schweden und Norwegen gebe es zusammen 600 Wölfe. Allen darüber wird abgeschossen. „In Deutschland gehe man einem anderen Weg. Hier versucht man, gemäß europäischen Richtlinien, dem Wolf Schutz zu gewähren und sein Überleben dauerhaft zu sichern. Die Schäfer werden im Kampf gegen Wolfsübergriffe mit immer höheren Zäunen und Herdenschutzmaßnahmen ausgestattet. Auch Tiersatzkosten werden laut NRW-Ministerium übernommen. Nils Möller sieht das trotzdem kritisch: „Hier wird viel Steuergeld verschwendet.“

Doch nicht für alles gebe es Geld vom Land. Nicht erstattet würden ihm die Entsorgungskosten für tote Tiere, berichtet Möller: 8,70 Euro für ein Schaf und 32,50 Euro für ein Lamm. Warum der Preisunterschied so groß ist, weiß Nils Möller nicht. Und auch das zuständige Ministerium in NRW ging auf eine entsprechende Nachfrage nicht ein.



Eine wohl von einem Wolf gerissene Ziege des Schäfers Michael Buck.

Kritik an Wolf-Statistik

Deutscher Bauernverband, Deutscher Jagdverband und Deutsche Reiterliche Vereinigung kritisieren derzeit die mangelnde Aktualität der vor wenigen Tagen vom Bundesumweltministerium veröffentlichten Wolfzahlen. Das derzeitige Monitoringverfahren mit Stichtag 30. April verarmlose die dynamische Entwicklung in Deutschland erheblich, da der Nachwuchs aus dem Sommer regelmäßig fehler-

„Bei offiziell nachgewiesenen 231 Wolfpaaren sind das im Jahr 2023 mindestens 3000 zusätzliche Welpen. Demnach gibt es derzeit 2050 bis 3000 Wölfe in Deutschland.“ Deutlich werde die bundesweite Diskrepanz zudem am Beispiel Niedersachsen: 19 Wölfrudel habe das Bundesumweltministerium offiziell vermeldet, der tatsächliche Wert liege allerdings bei 50.

Kritik an Lemke: Bauernpräsident Beringmeier will wolfsfreie Zonen, um Risse zu reduzieren

Landwirte fordern weniger Wolfsschutz

WB
14.10.23

HÖVELHOF (WB/as). Die heimischen Landwirte halten die Vorschläge von Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) zum Umgang mit dem Wolf für unzureichend.

„Die von Frau Lemke vorgestellten Ansätze bleiben nur ein erster Schritt, insgesamt aber tragen sie den Anforderungen an eine sichere Weidetierhaltung weiterhin keine Rechnung“, sagt der Präsident des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes (WLW), Hubertus Beringmeier aus Hövelhof im Kreis Paderborn.

Die Tierhalter in der Region sähen sich in der alleinigen Verantwortung für zusätzliche Schutzmaßnahmen. „Der zunehmende Herdenschutz ist problematisch, weil er grundsätzlich keine Problemlösung darstellt. Vielmehr wäre ein vorbeugender Herdenschutz durch eine Re-

duzierung des Wolfsbestandes erforderlich“, so Beringmeier weiter.

Konkret sieht Lemkes Vorschlag vor, dass die Bundesländer bestimmte Regionen mit vermehrten Rissen – wie Teile Ostwestfalen-Lippes – durch Wölfe festlegen. Hat ein Wolf hier zumutbare Schutzvorkehrungen wie einen Zaun überwunden und ein Weidetier gerissen, soll auf ihn per Ausnahmegenehmigung 21 Tage lang geschossen werden dürfen – und zwar im Umkreis von 1000 Metern um die Weide. Anders als bisher soll nicht erst eine DNA-Analyse abgewartet werden müssen, um den Wolf eindeutig zu identifizieren.

Das reicht den Landwirten nicht. Wolfsfreie Zonen, wie sie der WLW in Gebieten mit starker Weidetierhaltung fordert, lehne Lemke weiterhin ab. „Beim Wolf sind alle Krite-

rien zur Anerkennung des günstigen Erhaltungszustands als erfüllt anzusehen und die Grundlage für ein aktives Bestandsmanagement gegeben. Nur mit einer entsprechenden Ausweisung wolfsfreier Zonen und einer gezielten Regulierung ist ein Nebeneinander von Weidetierhaltung und Wolf möglich“, betont Beringmeier.

NRW-weit und speziell in OWL hat sich der Wolf in den vergangenen Jahren ungebremst ausgebreitet. Im Hinblick auf das aktuelle Rissgeschehen verzeichnet NRW für 2023 bis jetzt offiziell gezählte 153 gerissene Schafe und Ziegen sowie ein Rind. Trotz erheblicher Anstrengungen der Tierhalter, im Sinne des Herdenschutzes Schutzzäune zu errichten und Wachhunde einzusetzen, steige die Zahl der Nutztierrisse. In NRW hat es dabei nachweislich bereits

mehrere Fälle gegeben, in denen Wölfe intakte „wolfsabweisende Zäune“ überwunden und Weidetier gerissen haben. Zuletzt waren im Kreis Coesfeld, im Kreis Minden-Lübbecke sowie in mehreren Regionen in Südwestfalen neue Wolfsgebiete ausgewiesen worden.

Grünen-Ministerin Lemke wird auch von den Weidetierhaltern kritisiert. „Das Bundesumweltministerium opfert die Tierhaltung von Schafen, Ziegen, Rindern und Pferden für die Wölfe und gefährdet somit langfristig den Erhalt unserer Kulturlandschaft in ganz Deutschland. Die Probleme und Ängste der Tierhalter und der ländlichen Bevölkerung müssen endlich gehört werden“, sagt Wendelin Schmücker, Vorsitzender des Fördervereins der deutschen Schafhaltung.

Kommentar

Der Wolf reißt weitere Schafe

Es reicht

Von Paul Edgar Fels

Der Wolf ist ein wunderschönes Tier. Mit seinem grauen Fell und seinen blauen und später hellbraunen Augen kann er viele Menschen begeistern. Aber er ist eben auch ein Raubtier. Ein Raubtier, das sich inzwischen in ganz Deutschland ausgebreitet hat. Offiziellen Zahlen zufolge gibt es hierzulande 231 Wolfspaare.



Im vergangenen Jahr wurden 4400 Nutztiere gerissen. Dieses Jahr dürfte die Zahl weiter ansteigen. Abgesehen vom Leid, das der Wolf etwa Schafen oder Ziegen antut, gehen die Schäden und Folgekosten für die betroffenen Züchter und Landwirte und auch für die Steuerzahler in die Millionen. Allein im Kreis Minden-Lübbecke hat ein Wolf in den vergangenen Wochen mehrfach seinen Blutrausch ausgelebt. Die Menschen dort haben immer mehr Angst um ihre Tiere, die nachts auf der Weide sind.

Akribisch listen die Behörden im Internet jede Attacke auf. Viel mehr aber passiert nicht. Eine neue Wolfsverordnung soll kommen. Aber wann? Wie lange will sich das Land NRW – zuständig ist das grün geführte Umweltministerium – die permanenten Risse noch untätig anschauen? Es liegt doch auf der Hand, dass der betreffende Wolf gestoppt – also abgeschossen – werden muss.

Wo also sind die Politiker, die die Sorgen und Nöte der Schäfer und Landwirte ernst nehmen und sich für ein schnelles unbürokratisches Handeln einsetzen? Nicht nur Landwirte sagen dieser Tage: Es reicht!

Sonntag starben weitere sieben Schafe – Bauernpräsident drängt auf schnellen Abschuss

Sechste Wolfsattacke in Norden von OWL

WB

25.10.23

Von Paul Edgar Fels

STEMWEDE/DÜSSELDORF (WB). Zum wiederholten Mal hat ein Wolf im Norden von Ostwestfalen-Lippe mehrere Schafe gerissen. Der jüngste Vorfall ereignete sich in der Nacht zum Sonntag in Sternwede. Sieben tote Tiere beklagt die betroffene Schäferfamilie diesmal. Der Bauernverband ist alarmiert. Westfalens Bauernpräsident Hubertus Beringmeier fordert Bund und Land auf, für eine „schnelle und effiziente Entnahme von auffälligen Wölfen“ zu sorgen. Entnahme bedeutet Abschuss.

Allein in den vergangenen gut drei Wochen gab es im Raum Sternwede insgesamt sechs Attacken auf die Weidetiere von zwei Schäfern. Ob es sich dabei jedes Mal um den selben Wolf handelte, ist unklar, weil noch nicht alle Er-

gebnisse der genommenen DNA-Proben vorliegen. Sonntag konnten zudem Fellreste in einem Stacheldrahtzaun sicher gestellt werden, die mutmaßlich von einem Wolf stammen.

Besonders betroffen ist die Familie Möller, die einschließlich des ersten Angriffs eines Wolfes am 22. Juni



Ein der getöteten Schaf liegt auf der Wiese. Foto: Möller

(hier ist der Wolf nachgewiesen) bei nunmehr fünf Attacken bereits 40 Schafe verloren hat, sagte Denise Möller am Dienstag. „Wir ziehen mit unserer Herde nun auf eine andere Fläche um, die aber nur halb so groß ist und daher weniger Futter bereithält.“ Bei dem Angriff am Sonntag seien zwei Schafe getötet und 22 zum Teil so schwer verletzt worden, so dass bisher fünf Schafe eingeschläfert werden mussten, so Möller.

Das Land NRW will den Abschuss von Problemwölfen, die mehrfach Nutztiere gerissen haben, zwar erleichtern und arbeitet daher an einer neuen Wolfsverordnung. Das aber dauert. Zunächst müsse die gesetzliche Anhörungsfrist von vier Wochen umgesetzt werden, hatte NRW-Umweltminister Oliver Krischer (Grüne) vergangene Woche gesagt. Dazu würden Um-

welt-, Landwirtschafts- und Tierzuchtverbände angehört.

Der neue NRW-Erlass sieht vor, dass genetisch identifizierte Wölfe, die mehrfach – also mindestens zwei Mal – und in einem engen zeitlichen Zusammenhang intakte Schutzzaune von mindestens 90 Zentimetern Höhe überwunden und Tiere gerissen haben, abgeschossen werden dürfen. Eine Umweltministerkonferenz, auf der praxisgerechtere Regelungen im Umgang mit Problemwölfen erörtert werden sollen, findet erst Ende November statt.

Derweil weist Beringmeier darauf hin, dass die Weidetierhaltung eine herausragende Bedeutung für Tierwohl, Artenvielfalt und Naturschutz habe. Der Wolf müsse erhalten bleiben, aber es müsse Ausnahmen vom strengen Schutz geben.

| Kommentar, OWL

Nach der jüngsten Wolfsattacke: Junge Landwirte posten kritisches Video auf Instagram

„Das ist ein politisch verursachtes Problem“

WB
25.10.23

Von Paul Edgar Fels

STEMWEDE (WB). Das Entsetzen der Weidetierhalter im Raum Stemwede über die jüngsten Wolfsangriffe ist groß. Mehrere junge Landwirte haben die Attacken am Sonntag zum Anlass genommen, um für die Internetplattform Instagram ein Video zu drehen – dabei reden sie Klartext.

Die Kamera zeigt brutale Bilder, auf die die jungen Landwirte zuvor mit einem eingblendeten Text alle Nutzer von Instagram hinweisen. „Dieses Tier hat eine riesige klaffende Wunde“, erläutert Philipp. „Diesem Tier fehlt ein Teil vom Schenkel. Da hat der Wolf ordentlich zugegriffen.“

Die Kamera schwenkt auf eine verängstigte Schafsherde auf der Wiese. „Vorm Fledder – kein Wunder. Es ist Sonntag und die Wolfsattacke dürfte erst wenige Stunden zurückliegen.“

Die jungen Männer, die sich hier äußern, sind nicht alle Schäfer. Dominik etwa hält Kühe. „Früher oder später werden auch unsere Tiere Opfer des Wolf sein“, befürchtet er. Aber er macht auch auf ein ganz anderes Problem

aufmerksam. „Was ist, wenn die Kühe aus Angst vor dem Wolf ausbrechen und auf die Straße laufen? Was, wenn dann dadurch ein Schulbus verunglückt?“ fragt er. Natürlich tue ihm die Kuh leid aber wichtiger sei doch das Wohl der Kinder. „Für mich gibt es nur eine Lösung: nämlich eine strikte Bejagung des Wolf – und nichts anderes.“

Völlig unwohl fühlt sich auch Noah in seiner Haut. „Die Angst ist immer da“, sagt er in die Kamera. Und zu dem Leid, das er beim Blick auf die vielen verletzten Schafe empfindet, meint er drastisch:

„Das ist mehr als Scheiße.“

Silas züchtet Galloways. Und nicht alle seiner Tiere befinden sich in der Nähe der Hofstelle. „Eine Wiese liegt weiter weg“, sagt er und fügt hinzu: „Die jungen Kälber, die da rumlaufen, wären für den Wolf auch ein leichtes Spiel. Da hat man schon Angst.“

Warum nur ist es soweit gekommen? Auch diese Frage greift der Instagram-Beitrag auf. Philipp hat dazu eine ganz klare Meinung: „Ich meine, dass ist ein politisch verursachtes Problem.“ So sei der Wolf in Deutschland bereits ausgerottet gewesen. Als

sich die Population wieder erholte und die ersten Wölfe aus Richtung Polen nach Deutschland kamen, sei das Abschussverbot durchgesetzt worden. „Der Wolf läuft jetzt frei rum. Unsere Tiere sind ungeschützt“, beklagt der junge Landwirt.

Und weiter betont Philipp: „Gerade wir Landwirte stehen ja wegen mangelndem Tierwohl stark in der Kritik. Aber wir geben unser Bestes, um im Rahmen unserer Möglichkeiten es den Tieren im Stall angenehm zu machen und sie raus auf die Weide zu lassen. Aber das geht jetzt nicht mehr, weil wir den Wolf frei rumlaufen haben.“

Denn es könne passieren, dass der Wolf wie bei der Herde von Schäferfamilie Möller in einen Bluttausch komme. „Der Wolf hat die Tiere nicht einmal gefressen, sondern aus Lust getötet. Das ist das wahre Tierleid, das wir bekämpfen müssen.“ Die Politik habe hier eine Doppelmoral.

Vom Kreis Minden-Lübbecke gab es am Dienstag auch auf Anfrage keine Stellungnahme zu den Vorfällen im Stemwede. Es sei niemand im Umweltamt verfügbar, erklärte eine Sprecherin.



Nach den jüngsten Angriffen auf Schafe in Stemwede hängt ein Fellbüschel an einem Stachedrahtzaun – offenbar von einem Wolf. Foto: Möller

Nach Wolfsattacken: Untere Naturschutzbehörde in Minden gibt Schäfern Rückenwind

„Abschuss darf kein Tabu sein“

WB 28.10.23

Von Paul Edgar Fels

MINDEN (WB). Rückenwind für die zuletzt arg gebeutelten Schäfer im Raum Stemwede im äußersten Norden von Ostwestfalen-Lippe: Nach den zuletzt vermehrt aufgetretenen Wolfsattacken auf Schafe, erklärte jetzt die Untere Naturschutzbehörde des Kreises Minden-Lübbecke, „der Abschuss von Problemwölfen darf kein Tabu sein“.

„Damit vertrete die Behörde die gleiche Auffassung wie Bundesumweltministerin Steffi Lemke, heißt es in einer Stellungnahme des Kreises. Durch Wolfsrisse könnten sehr hohe Schäden bei in der Landschaftspflege tätigen Schäfereien und anderen Tierhaltern entstehen, die abgewendet werden müssen, heißt es weiter. Die Befugnis, einen Abschuss anzuordnen, hat aber nicht der Kreis, sondern als Obere Naturschutzbehörde das Umweltamt in Düsseldorf.“

Ministerin Lemke will schnellere Abschüsse einzelner Wölfe in Deutschland ermöglichen, wie sie vor zwei Wochen erklärte. Damit will die Grünen-Politikerin auf die immer zahlreicheren Fälle getöteter Schafe und anderer Weidetiere reagieren. „Dort wo Wölfe Schafe reißen, müssen wir diese Wölfe schießen, weil sie gelernt haben, dass man dort leichte Beute machen kann“, hatte Lemke in Berlin erklärt. Sie hatte aber auch betont: Ein

anlassloses Abschießen von Wölfen dürfe es aber weiter nicht geben.

Wörtlich erklärte die Untere Naturschutzbehörde beziehungsweise das Kreisumweltamt mit Sitz in Minden am Mittwoch: „Naturschutzfachlich wäre es geradezu tragisch, wenn der Schutz des Wolfes auf der einen Seite zu einer derartigen Beeinträchtigung einer Schafbeweidung auf der anderen Seite führen würde, so dass der Erhalt von europaweit geschützten Lebensräumen wie das Oppenweher Moor gefährdet würde.“

Die aktuellen Wolfsrisse in Stemwede seien dem Kreisumweltamt bekannt. Es bestehe bereits ein enger Austausch zwischen den betroffenen Schäfereien, der Unteren Naturschutzbehörde, den örtlichen Wolfsberatern, dem Lanuv (Landesamt für Natur- und Umweltschutz) sowie der Herdenschutzkammer. Zudem bestehe ein

Austausch mit der niedersächsischen Naturschutzbehörde des Kreises Diepholz.

Dies ist insofern von Bedeutung, als dass die betroffenen Schäfer davon ausgehen, dass der Wolf immer wieder aus dem benachbarten Niedersachsen zur Beutejagd auf NRW-Territorium gelangt. Zuletzt waren die Herden von zwei Schäfern innerhalb von drei Wochen sechs Mal Opfer eines Wolfes geworden.

Rechtliche Grundlage für die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung zum Abschuss von „Problemwölfen“ in NRW sei die Wolfsverordnung NRW. Dort sei geregelt, dass das Umweltministerium auf Grundlage von Dokumenten des Lanuv bestätigt, dass ein Schaden droht, „der mehr als nur geringfügig und damit von einigem Gewicht ist.“ Die Dokumentation der aktuellen Wolfsrisse in Stemwede seien ein Baustein von weiteren, die erforderlich seien für eine Entnahmegenehmigung von Problemwölfen,

so der Kreis Minden-Lübbecke.

Der Vorschlag von Bundesumweltministerin Lemke sieht konkret vor, dass die Bundesländer bestimmte Regionen mit vermehrten Risiken durch Wölfe festlegen. Hat ein Wolf hier zumutbare Schutzvorkehrungen wie einen Zaun überwunden und ein Weidetier gerissen, soll auf ihn per Ausnahmegenehmigung 21 Tage lang geschossen werden dürfen – und zwar im Umkreis von 1000 Metern um die Weide. Anders als bisher soll nicht erst eine DNA-Analyse abgewartet werden müssen, um den Wolf eindeutig zu identifizieren.

Die Region Hannover hat derweil eine Abschussgenehmigung für einen Wolf vorerst ausgesetzt. Die Jägerschaft sei informiert worden, dass der Wolf zunächst nicht geschossen werden dürfe, sagte ein Sprecher der Region. Die Behörde reagierte damit auf einen entsprechenden Beschluss des Verwaltungsgerichts Hannover.

Eine Naturschutzvereinigung hatte bei dem Gericht einen Eilantrag gegen die Entnahme des Wolfes gestellt. Aufgrund eines Zwischenbeschlusses des Gerichts darf bis zu einer Entscheidung über den gerichtlichen Eilantrag der Wolf nicht geschossen werden. Wann das Gericht über den Eilantrag entscheiden wird, war zunächst nicht bekannt. (Az.: 9 B 4939/23)

Sorge in Stemwede wächst

Den Abschuss der Wölfe, die Schafe in Stemwede getötet haben, fordert auch Stemwedens Bürgermeister Kai Abruzat. Er bekomme zudem Anrufe von besorgten Eltern, deren Kinder in dem Wolfsgebiet morgens im Dunkeln auf den Schulbus warten müssten. Das

Regierungspräsidium Kassel hat unterdessen zwei Wölfe im hessisch-bayerischen Grenzgebiet zum Abschuss freigegeben, die mehrfach Schafe gerissen haben sollen. Die Regierung von Unterfranken hatte den Abschuss bereits vor zwei Wochen genehmigt.

WB 6.11.23



Schäfer Michael Buck steht mit Hüteesel zwischen seinen Schafen.

Fotos: Kai Wessel

Landtagsabgeordnete hören sich Sorgen der Schäfer nach Wolfsrissen in Stemwede an

„Wir haben Angst um unsere Tiere“

Von Kai Wessel

STEMWEDE (WB). Wenig Menschen, viele Weidetiere: Die Kulturlandschaft Oppenweher Moor ist zum Refugium für den Wolf geworden. Bei diversen Angriffen haben Schäfer inzwischen mehr als 40 Tiere verloren. Die Nerven liegen blank. Jetzt kam Besuch ins Krievengebiet.

Die CDU-Landtagsabgeordnete Bianca Winkelmann (Kreis Minden-Lübbecke) und ihr niedersächsischer Kollege Marcel Scharrelmann (Landkreis Diepholz) hörten sich die Klagen der Weidetierhalter an. Schäfer Michael Buck berichtete, dass er seinen elektrischen Schutzzaun erhöht habe: „Zuerst war er einen Meter hoch, dann 1,20 Meter und jetzt habe ich ihn auf 1,40 Meter erhöht.“ Dennoch sei es dem Wolf gelungen, über den Zaun zu springen. Drei Schafe und eine Ziege haben den Angriff am 5. Oktober nicht überlebt. Im benachbarten Niedersachsen soll eine Wölfin einen Zaun übersprungen haben, der eine Höhe von 1,80 Meter aufwies.

Der NRW-Umweltministerium hat den Kreis Minden-Lübbecke inzwischen offi-

ziell als Wolfsgebiet ausgewiesen. Schutzmaßnahmen werden erstattet. Damit ist es aus Sicht der Schäfer aber nicht getan. Jeder Wolfsriss habe katastrophale Folgen für Schäfer und Herde, erklärte Nils Möller. Seine Tiere seien nach den Angriffen verängstigt und verstört. „Sie wollen nicht auf die Flächen zurückkehren, auf denen sie vom Wolf heimgesucht wurden. Sie wollen da nicht fressen.“ Für Möller sei zudem das „Aufräumen“ nach den Wolfsrissen eine belastende Aufgabe. Für ihn und seine Familie ist es unverständlich, dass den Haltern

strenge Auflagen im Sinne des Tierwohls gemacht würden, der „Bluttausch der Wölfe“ hingegen akzeptiert werde. Die Forderung der betroffenen Schäfer: Der Wolf müsse in das Jagdrecht aufgenommen und der Bestand reguliert werden.

Bislang genießt der Wolf den höchsten Schutzstatus, den es in Deutschland gibt. Sollte es im Kreis Minden-Lübbecke zu einer „Entnahme“, also einem Abschuss kommen, wäre es der erste in NRW seit der Rückkehr des Wolfes. Bianca Winkelmann erklärte, dass eine solche Maßnahme am Oppenweher

Moor nach den Wolfsrissen der vergangenen Monate gerechtfertigt wäre: „Tiere, die auffällig sind, müssen entnommen werden.“ Dafür müssten allerdings erst die rechtlichen Voraussetzungen gegeben sein. Marcel Scharrelmann fügte an: „Wir brauchen ein Regulierungsmanagement, wie wir es bei Reh und Wildschwein haben. Wir dürfen nicht warten, bis Wölfe durch unsere Städte laufen.“

Schäfer Michael Buck hofft, dass bis zum Winter ein Signal aus der Politik kommt. Es sei keine Lösung, den Wolf wie bislang einfach nur zu

verwalten. Die Population der Tiere würde jeden Tag größer werden: „Wenn wir zu lange warten, droht uns ein Massaker“, sagte Buck.

Der Landwirtschaftliche Kreisverband Minden-Lübbecke hat eine Plakataktion zum Thema Wolf vorbereitet. Die sollen auf die Probleme der Weidetierhaltung aufmerksam machen. Auf den Bildern wird ein zähnefletschender Wolf mit Weidetieren gezeigt. Zu lesen ist der Satz: „Wir haben Angst um unsere Tiere“ sowie der Hinweis, dass bei Wolfsrissen im Jahr 2022 insgesamt 4400 Weidetiere getötet wurden.



Beziehen in Stemwede Stellung (von links): Ortrun Humpert (Schafzuchtverband NRW), Marcel Scharrelmann (niedersächsischer Landtagsabgeordneter) und Bianca Winkelmann (NRW-Landtagsabgeordnete/CDU).



Mit diesem Plakat will der Landwirtschaftliche Kreisverband Minden-Lübbecke auf die Probleme der Weidetierhaltung aufmerksam machen.

Vollzugsmeldung im Münsterland – Im Kreis Minden-Lübbecke müssen Betroffene weiter abwarten

Land plant Abschuss von Wölfin Gloria

DÜSSELDORF (dpa/WB/fbb)

Jetzt kommt es zum ersten Wolfsabschuss in NRW. Nachdem Wölfin Gloria am Niederrhein wiederholt hohe Zäune überwunden und Tiere gerissen hatte, hat das Land ein Verfahren zum Abschuss des verhaltensauffälligen Tieres eingeleitet. „Damit hat der Wolf zum wiederholten Mal in kurzen Abständen Herdenschutzmaßnahmen überwunden“, sagte am Mittwoch ein Sprecher des nordrhein-westfälischen Umweltministeriums. Es seien weitere erhebliche wirtschaftliche Schäden zu erwarten.

Noch keine Lösung gibt es unterdessen für den Wolf oder die Wölfe, die rund um Stemwede im Norden Ostwestfalens bereits für zahlreiche Tierrisse gesorgt haben. Zwar heißt es aus dem NRW-Umweltministerium, dass bei einer konkreten Gefahrenlage die sogenannte Entnahme, also eine Umsiedlung oder ein Abschuss des Wolfs, per Einzelfallgenehmigung erfolgen könnte. Noch stehen allerdings die Berichte von betroffenen Tierhaltern im Kreis Minden-Lübbecke zur Prüfung aus. Das geht aus einer Liste hervor, die das Landesamt LANUV in NRW online veröffentlicht.

In der Liste ist außerdem zu lesen, dass die Zahl der gerissenen Tiere von der Behörde deutlich geringer geschätzt wird, als es die Betroffenen tun. Dutzende Tiere – vornehmlich Schafe – wurden laut ihrer Darstellungen gegenüber unserer Zeitung in den vergangenen Wochen ge-



Jägerin Sabina Baschke aus Wesel am Niederrhein machte dieses Foto im Jahr 2018 bei einer Drückjagd im nahegelegenen Hüxse. Es soll die Wölfin Gloria zeigen, die unter dem Kürzel GW 954 registriert ist und die nun orentuell getötet werden soll.

Foto: Sabina Baschke

lötet, eingeschläfert oder schwer verletzt. In der Liste des Landesamts sind 61 noch unbestätigte Nutztierrisse im Kreis Minden-Lübbecke vermerkt, die zwischen dem 29. September und dem 9. November vorgefallen sind. Der letzte bestätigte Hinweis auf einen Wolfsangriff geht demnach auf den 27. September zurück.

Die Auswertung von DNA-Spuren an den jüngst getöteten Tieren zieht sich seit Wochen hin. Auch die Untersuchung von Bissspuren, um festzustellen, ob es sich bei

den Rissen tatsächlich um Wölfe gehandelt habe, dauere noch, so der Sprecher des Ministeriums.

Zur Wölfin Gloria – offiziell GW954f – sind die Untersuchungen weitestgehend abgeschlossen. Sie lebt mit einem Rudel im 2018 ausgerufenen NRW-Wolfschutzgebiet Schermbeck. Schäfer und Anwohner beklagen seit Jahren, dass die Wölfe bereits zahlreiche Tiere, vor allem Schafe, gerissen hätten und auch Schutzzäune überwinden. GW954f wäre damit das erste Tier, das nach der Rück-

kehr der Wölfe nach Nordrhein-Westfalen abgeschossen werden dürfte. Die Tierart ist in Europa gesetzlich streng geschützt und darf nicht bejagt werden. Lediglich in Einzelfällen bei verhaltensauffälligen Wölfen sei das möglich, heißt es aus dem Ministerium. Das sei etwa denkbar, wenn ein Tier wiederholt „in einem engen zeitlichen Rahmen und geografischer Nähe einen Zaun von mindestens 1,20 Meter überspringe und es dadurch zu einem Lernverhalten gekommen“ sei.

Nachdem Gloria für längere

Zeit unauffällig geblieben war, seien dem Tier im Zeitraum vom 27. September bis 24. Oktober sechs Vorfälle nachgewiesen, stellte das Ministerium nun am Mittwoch fest. Für einen weiteren Nutztierriss am 31. Oktober liege noch kein Analyseergebnis vor.

Auf Bundes- und auf Landesebene werden derzeit erleichterte Regeln für den Abschuss verhaltensauffälliger Wölfe und eine Begrenzung der Population diskutiert. So wolle Bundesumweltministerin Steffi Lemke als auch der

nordrhein-westfälische Umweltminister Oliver Krischer (beide Grüne) haben sich dafür ausgesprochen, Entnahmen nach Rissen zu erleichtern. So wird zur Zeit die nordrhein-westfälische Wolfsverordnung überarbeitet, um diese „praxistauglicher und rechtssicherer“ zu gestalten, ließ es aus dem Ministerium dazu.

Das Gebiet bei Schermbeck war 2018 Nordrhein-Westfalens die erste Region, die als Wolfsgebiet ausgewiesen wurde. Es gibt aber längst weitere Einzeltiere und Wolfsrudel, die in NRW unterwegs sind, etwa in Leuscheid im Rhein-Sieg-Kreis. In anderen Bundesländern, vor allem im Nordosten, sind allerdings deutlich mehr Wölfe heimisch als hierzulande: Rund ein Prozent des deutschlandweiten Wolfsbestandes lebt den Angaben aus dem Umweltministerium zufolge in NRW. Der Schwerpunkt der Landesregierung liege daher auf umfangreichen Herdenschutzmaßnahmen. In den betroffenen Regionen übernimmt das Land die Kosten etwa für Schutzzäune oder Bunde und entschädigt Landwirte für ihre Verluste.

Im Umweltministerium rechnet man damit, dass die Änderung der Wolfsverordnung NRW schneller umgesetzt werden kann als eine Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes, heißt es. Der Umgang mit Wölfen wird auch Thema auf der Umweltministerkonferenz ab dem 29. November in Münster sein.

Kommentar

Das Problem Wolf

Es ist zum Heulen

Von Ralf Repöhler

Womit hatte die Politik eigentlich gerechnet, als sie den Wolf – ganz ohne natürliche Feinde und mit höchstem Schutzstatus – um die Jahrtausendwende wieder in den Wäldern ansiedelte? Dass er sich nützlich macht, Beeren sammelt und bloß Rotkäppchen erschreckt? Natürlich folgt er seiner Natur und reißt Weidetiere, die der Mensch später nutzen will.



Der Wolf breitet sich vor allem im Osten Deutschlands aus, zusehends auch in Niedersachsen an der Grenze zum Norden Nordrhein-Westfalens, wie in Stemwede in Ostwestfalen-Lippe. Immer mehr Wölfe bedeuten immer mehr Nutztier-Risse. Das Raubtier in freier Wildbahn polarisiert, mit ihm wird Artenschutz unbequem. Die Politik hat Landwirte und Schäfer viel zu lange mit ihren Sorgen allein gelassen. Erst nach zwei Jahrzehnten kommt der klare Beschluss, dass Problemwölfe unkompliziert geschossen werden dürfen. Immerhin und endlich. Trotzdem ist es um Heulen.

Angesichts steigender Population wird es nicht reichen, verhaltensauffällige Wölfe zu entnehmen, wenn bereits Schafe getötet sind. Wie viele Wölfe verträgt eine Region? Die Bestände müssen ermittelt, die Population womöglich begrenzt und reguliert werden – wie es zum Beispiel die Schweden machen. Bevor jetzt alle zur Jagd blasen – in NRW lebt nur gut ein Prozent der Tiere. Und unter anderem der NRW-Problemwölfin Gloria, die Herdenschutzzäune überwindet, geht es bald an den Kragen.

Tabuzonen für Wolf gefordert

Die FDP/FW-Fraktion im Regionalrat will ein härteres Durchgreifen gegen das geschützte Raubtier, bis hin zum Abschuss. Doch es gibt auch andere Stimmen.

Matthias Bunge-roth

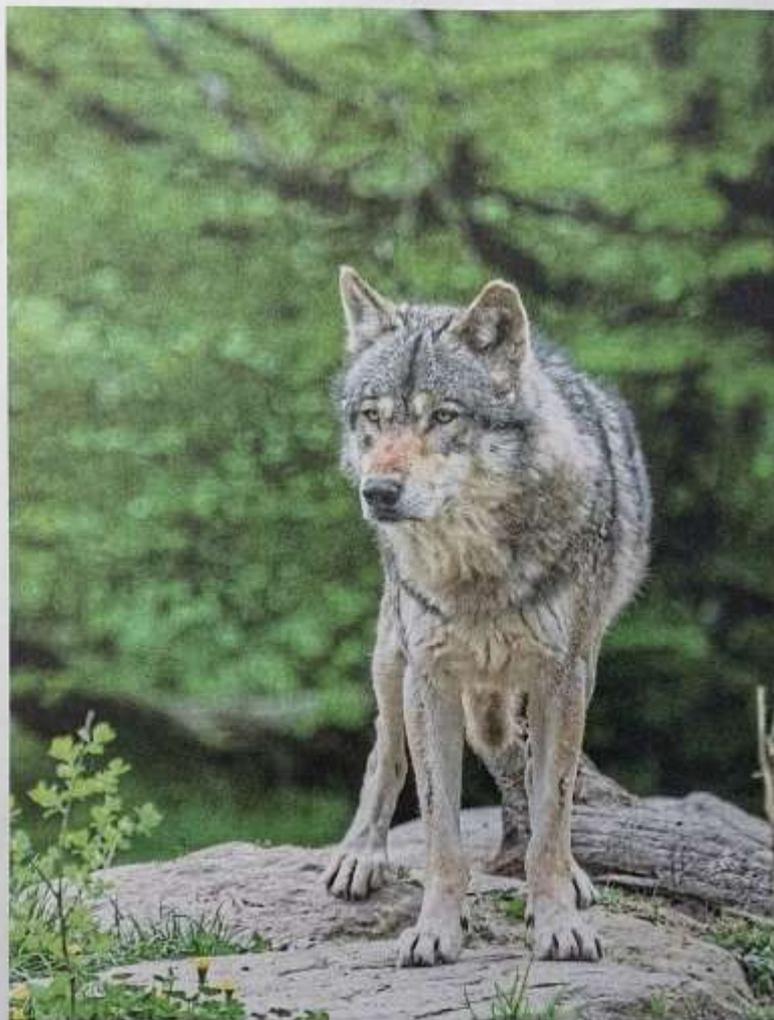
■ **Bielefeld.** Der Wolf ist als Art streng geschützt. Doch in Nachbarschaft zur Weidetierhaltung gibt es in Ostwestfalen-Lippe immer wieder Probleme durch Risse. Es sei Zeit, dass sich die Region mit der Frage beschäftige, wie die Ausbreitung von Wölfen „sinnvoll eingegrenzt werden könne“, sagt Jan Maik Schlüfer, Vorsitzender der FDP/FW-Fraktion im Regionalrat Detmold. Seinem Vorstoß zufolge soll sich das Gremium mit dieser Frage beschäftigen. Dieser Vorstoß wird kontrovers debattiert, wie Nachfragen ergeben.

Die Anzahl gerissener Weidetiere in Stemwede und Schlangen zeige laut Schlüfer, dass die Ansiedelung des Wolfes in einer offenen Kulturlandschaft große Probleme mit sich bringe. „Der Wolf mag in manchen Landesteilen eine Bereicherung des Ökosystems sein und hat sich dort auch zahlreich vermehrt. Für OWL sehe ich jedoch keinen besonderen Bedarf an einer Ausbreitung und finde den Aufwand, der im Rahmen des sogenannten Wolfsmanagements betrieben wird, zum Teil bizarr“, erklärt Schlüfer.

Seine Argumentation: Alle Felder und Wiesen umfangreich einzuzäunen und einzelne Tiere mit DNA-Tests genau zu identifizieren, sei eine Form von „Naturbürokratie, die in anderen Ländern pragmatischer gehandhabt werde“. Es müsse bestimmte Regionen geben, „die für den Wolf tabu sind“, fordert der FDP-Politiker. Zudem sollte seiner Ansicht nach der Gesamtbestand, wie in Schweden, durch die Jagd reguliert werden.

In geschlossenen Siedlungsbereichen oder dort, wo die Haltung von Schafen besonders wichtig sei, wie etwa im Oppenweher Moor, müsse man „robuster gegen den Wolf vorgehen dürfen“ als zum Beispiel in Waldgebieten.

Forderungen, mit denen Karsten Otte, Sprecher der Bezirkskonferenz Naturschutz OWL, seine Probleme hat. „Warum gehen wir in Deutschland mit diesem Thema so hysterisch um?“, fragt Otte. Von anderen Ländern wie Italien oder Rumänien könne man in



Immer wieder gibt es um den Wolf kontroverse Debatten. In OWL wird diskutiert, ob Tabuzonen eingerichtet werden können, in die das Raubtier nicht einbringen kann. Foto: IMAGO/imagobroker/ahindi/Arterra

dieser Sache mehr Gelassenheit lernen: In den Abruzzen etwa sei durch ummauerte Schutzanlagen für Schafe für die Nacht und den Einsatz von Herdenschutzhunden viel erreicht worden.

„Nur bei sich völlig fehl verhaltenen Wölfen wäre es angebracht, einzelne Tiere zu entnehmen, also zu jagen“, sagt Otte. Dies könne aber erst passieren, wenn alle anderen Maßnahmen nicht erfolgreich wären. „Diese Situation gibt es bisher in OWL nicht.“ Dennoch sieht der Naturschützer bei diesem Thema durchaus auch Handlungsbedarf: „Es muss vom Land deutlich bessere Förderung kommen.“

Schafhalter müssten bei Ris-

sen besser und unbürokratisch entschädigt werden. „Ich kann jeden Tierhalter verstehen, wenn er mit Tränen in den Augen auf der Weide steht, wenn so etwas passiert ist“, so Otte. Hilfe müsse es auch geben, wenn es nach Wolfsübergriffen auf eine Herde Fehlgeburten bei Schafen gebe.

Mehr Handlungsbedarf aus der Sicht von Weidetierhaltern sieht Antonius Tillmann, OWL-Bauernpräsident aus Warburg. „Ich finde es gut, wenn wir es genauso handhaben würden wie in Ländern wie Schweden.“ Der Wolf und die Weidetierhaltung sei eine grundsätzlich problematische Konstellation, Zäune bis zu einer Höhe von 1,20 Meter

würden vom Wolf schlicht übersprungen und böten nicht ausreichend Sicherheit, so Tillmann.

Doch eine eventuelle Bejagung von Wölfen sei ein schwieriges Thema. Denn Jäger, die ein solches Tier erlegt hätten, würden nicht selten bedroht. „Wir wollen den Wolf nicht unbedingt im Jagdrecht haben“, sagt Tillmann deshalb. Doch das Land gebe „sehr viel Geld“ für den Wolfs- und Herdenschutz aus. Er frage sich, ob dieses Geld „wirklich gut angelegt“ sei. Denn wirklich effektiver Herdenschutz sei sehr schwierig zu gewährleisten, findet Tillmann. „Es muss Gebiete geben, wo er einfach nicht hinkann.“

Umweltminister einigen sich auf Verschärfung – Kritik: „Kein regionales Bestandsmanagement“

Schneller Abschuss von Wölfen möglich

MÜNSTER (dpa). Problematische Wölfe, die Schutzzäune überwunden und Nutztiere gerissen haben, sollen in Deutschland deutlich schneller als bisher getötet werden können. Darauf verständigten sich die Umweltminister von Bund und Ländern bei ihrem zweitägigen Treffen in Münster angesichts einer gestiegenen Zahl an Wolfsrissen sowie Protesten von Nutztierhaltern und Landwirten. Eine wesentliche Änderung ist, dass anders als bisher nicht erst eine DNA-Analyse abgewartet werden muss.

„Uns ist ein Durchbruch gelungen“, sagte NRW-Umweltminister Oliver Krischer (Grüne) als Vorsitzender der Konferenz. „Wir brauchen darüber hinaus bundesweit eine praxisingerechtere und rechtssichere Vorgehensweise, um verhaltensauffällige Einzelwölfe zu entnehmen.“

Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) betonte die Einstimmigkeit des Beschlusses zum Umgang mit dem Wolf. Er ermögliche Schnellabschüsse, wenn ein Wolf den Herdenschutz überwunden und ein Nutztier gerissen habe.

Besonders stark betroffene Bundesländer wollen mit einheitlichen Länderverordnungen den schnelleren Wolfsabschuss bereits zum Start der Weidesaison 2024 möglich



Wölfe reißen Weidetiere. Foto: dpa

machen. Mecklenburg-Vorpommerns Umweltminister Till Backhaus (SPD) kündigte dazu Gespräche an, die schon in der kommenden Woche beginnen sollen. Lemke erklärte, die EU-Kommission habe mit einem Schreiben bestätigt, dass dieser Vorschlag mit EU-Recht vereinbar sei. Unklar blieb, wie viele Wölfe der Schnellabschuss pro Jahr treffen könnte.

In Gebieten mit erhöhten Rissaufkommen soll bereits nach dem erstmaligen Überwinden des zumutbaren Herdenschutzes und dem Riss von Weidetieren eine Abschussgenehmigung möglich sein. Diese soll für einen Zeitraum von 21 Tagen nach dem Rissereignis gelten. Der Abschuss soll dabei im Umkreis von bis zu 1000 Metern um die betroffene Weide möglich sein. Die Länder bestimmen, wo diese Regelung gilt.

Die Zahl der Wolfsübergriffe auf Nutztiere ist auf deutlich mehr als 1000 Fälle gestiegen. Dabei wurden mehr als 4000 Nutztiere getötet oder verletzt. Nachgewiesen leben in Deutschland mehr als 1300 Wölfe. Die Verbände der Landwirte, Jäger und Reiter gehen von 2000 bis 3000 Wölfen aus. Der Deutsche Jagdverband zeigte sich enttäuscht von der Einigung der Länder. „Es ist ein schlichtes Rissreaktionsmanagement, aber kein regional differenziertes Bestandsmanagement“, sagte DJV-Präsident Helmut Dammann-Tamke. Der Beschluss setze nicht ansatzweise den Koalitionsvertrag der Bundesregierung um. Es sei verpasst worden, die Weichen für ein möglichst konfliktfreies Zusammenleben mit dem Wolf zu stellen, sagte Dammann-Tamke.

| Kommentar

NRW-Umweltministerium nennt keinen Zeitpunkt – Landwirtschaftsministerin im Regionalrat – Abruzsat: „Wolf muss Grenze kennen“

Wann dürfen Wölfe abgeschossen werden?

Von Andreas Schnadwinkel

STEMWEDE/DÜSSELDORF (WB). Nachdem sich die Umweltminister von Bund und Ländern vor einer Woche in Münster für Erleichterungen beim Abschuss verhaltensauffälliger Wölfe ausgesprochen haben, fragen sich nicht nur die von Rissen betroffenen Weidewirtschaftler, wie schnell die Behörden den Abschuss freigeben können. Weitere Verzögerungen sind zu befürchten, wie Anfragen dieser Zeitung bei den zuständigen Stellen zeigen.

Die Antwort aus dem grünen NRW-Umweltministerium nennt keinen Zeitpunkt. „Die Verbändeanhörung, um die NRW-Wolfsverordnung praxisgerechter und unbürokratischer zu gestalten, ist abgeschlossen, und wir werden nun prüfen, welche Aspekte aus dem Beschluss der Umweltministerkonferenz für NRW noch umgesetzt werden müssen. Da die Erarbeitungen und Prüfungen andauern, bitten wir um Verständnis, dass wir zum aktuellen Zeitpunkt noch keine Auskünfte über konkrete Zeitpunkte erteilen können“, heißt es aus dem Haus des NRW-Umweltministers Oliver Krischer (Grüne).

In Ostwestfalen-Lippe ist Stemwede (Kreis Minden-Lübbecke) akut am stärksten von Wolfstücken betroffen. Mehr als 30 Schafe sind dort binnen weniger Wochen gerissen worden, wie aus der offiziellen Statistik des Landes-



Die Umweltminister von Bund und Ländern haben sich auf eine schnellere Tötung von Wölfen geeinigt. Wann wird das umgesetzt? Foto: magg, dpa

amtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (Lamuv) hervorgeht. Als untere Naturschutzbehörde ist der Kreis Minden-Lübbecke dafür zuständig, Anträge auf „artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigungen“ zu bearbeiten. „Inwieweit die Beschlussfassung der Umweltministerkonferenz zur Änderung des Praxisleitfadens ‚Wolf‘ kurzfristig in geltendes Recht umgesetzt wird und sich damit auch auf den derzeitigen Verfahrensablauf auswirkt, ist aktuell noch nicht absehbar“,

so der Kreis auf Anfrage. Im Regionalrat der Bezirksregierung Detmold soll es am kommenden Montag, auch um den Wolf gehen, wenn NRW-Landwirtschaftsministerin Silke Gießels (CDU) an der Sitzung teilnehmen wird. Zwar nicht als offizieller Tagesordnungspunkt, aber die Fraktion von FDP und Freien Wählern hat angekündigt, die Gelegenheit nutzen zu wollen. „Wir hoffen, dass die Ministerin gute Neuigkeiten für Landwirte und Weidewirtschaftler mit aus Düsseldorf nach-

OWL bringt“, sagt Jan Maik Schlüter (FDP). Seine Fraktion im Regionalrat hat eine Anfrage an die Bezirksregierung gestellt und will wissen, welche Möglichkeiten die Behörde hat, die Ausbreitung von Wölfen einzugrenzen. Die Anzahl der gemessenen Weidetiere in Stemwede und Schlangen zeigt, dass die Ansoedelung des Wolfes in einer offenen Kulturlandschaft große Probleme mit sich bringt. „Der Wolf mag in manchen Landesteilen eine Bereiche-

rung des Ökosystems sein und hat sich dort auch Jährlich vermehrt. Für OWL sehe ich jedoch keinen besonderen Bedarf an einer Ausbreitung und finde den Aufwand, der im Rahmen des sogenannten ‚Wolfsmanagements‘ betrieben wird, zum Teil bizarr“, so Schlüter. „Doch wie sieht es in Stemwede aus? Viele Menschen in Stemwede fühlen sich zu recht unwohl und zum Teil auch bedroht“, sagt Bürgermeister Kai Abruzsat. „Wenn Kinder im Dunkeln am Frü-

hen Morgen in der Nähe des Oppenweher Moores auf den Schutbus warten, kann ich verstehen, dass die Kinder und ihre Eltern ein Störgefühl haben“, so der Bürgermeister. Für ihn sei klar, dass der Wolf durch kontrollierten Abschuss an der weiteren Ausbreitung „in Richtung unserer Siedlungsgebiete“ gehindert werden muss. Anders ist das nicht zu machen. Im Übrigen hätten die hiesigen Weidewirtschaftler ebenfalls einen berechtigten Anspruch darauf, „dass das Problem in ihrem Sinne gelöst und nicht weiter in langwierigen Arbeitsgruppen vergraben wird“. Abruzsat hat nicht den Eindruck, dass die Stemwedener Bürgerschaft und er „die Existenz des Wolfes in den letzten Jahren vermisst“ hätten. Der Wolf müsse seine Grenzen kennen. „Wer dem Raubtier die Grenzen zu setzen bereit ist, das ist die entscheidende Frage. Es kommt auf die exekutive Umsetzung an. An der Stelle scheinen Politik und Behörden aber noch nicht angekommen zu sein. Kritik reden via einer ‚organisierten Verantwortunglosigkeit‘ zwischen EU-Kommission, Bundesregierung und Landesregierung.“ Der Deutsche Jagdverband hält die Einigung auf den Umgang mit verhaltensauffälligen Wölfen für nicht effektiv. „Die zeitlich und räumlich eng begrenzte Genehmigung für eine Einmaljagd macht es Gegnern noch einfacher als bisher, diese zu sabotieren.“

NRW-Landwirtschaftsministerin äußert sich im OWL-Regionalrat zu Nutztierissen

Gorißen: „Wolf begrenzen“

WB

12.12.23

DETMOLD (WB/as). NRW-Landwirtschaftsministerin Silke Gorißen (CDU) hat sich am Montag im Regionalrat der Bezirksregierung Detmold zu den Problemen mit Wölfen geäußert. „Wir müssen es schaffen, die Nutztierhaltung und den Wolf nebeneinander zu organisieren“, sagte Gorißen und machte deutlich, dass die Population des Wolfs Grenzen haben müsse. „Man sollte keine Panik vor dem Wolf verbreiten, aber der Wolf bringt Tierleid mit. Es hat mit Tierwohl nichts zu tun, wenn Wölfe Zugang zu Weidetiere haben. Ich will den Wolf nicht ausrotten, aber wir müssen seinen Bestand begrenzen“, so die Ministerin. Eine „Verzäunung der Landschaft“ oder Stallhaltung aus Sorge vor Rissen durch Wölfe könnten

keine Lösung sein. Wann eine neue Verordnung der NRW-Landesregierung erlassen wird, konnte Gorißen jedoch nicht genau sagen: „Das kann in einer Woche oder in einem

Monat sein, aber es wird nicht auf die lange Bank geschoben.“ Federführend sei das grüne NRW-Umweltministerium. Vor zehn Tagen hatten sich die Umweltminis-

ter von Ländern und Bund darauf verständigt, dass Wölfe, die Schutzzäune überwunden und Nutztiere gerissen haben, schneller als bisher getötet werden können.

„Die Aussagen der Landwirtschaftsministerin sind ein wichtiges Bekenntnis zur Nutztierhaltung“, sagte Jan Maik Schlifter, Fraktionsvorsitzender von FDP und Freien Wählern im Regionalrat. „Frau Gorißen hat betont, dass man mit dem Wolfsproblem emotionslos umgehen müsse. Und in der Tat sehe ich die Emotionalität vor allem auf der Seite der Wolfsbefürworter. Ich hoffe, dass sich die von der Ministerin vorgetragenen Argumente in der gesamten Landesregierung durchsetzen und“, so Schlifter, „in der Verordnung wiederfinden werden.“



Auffällige Wölfe sollen fortan leichter geschossen werden.

Foto: dpa